

Bundeshaushalt 2010

Für Wachstum und Konsolidierung

Der erste von der christlich-liberalen Regierungskoalition verantwortete Etat stellt wichtige Weichen für die Zukunft. Während der Beratungen des Deutschen Bundestags wurde deutlich: Mit Entlastungen der Bürger und zahlreichen Investitionsprogrammen legt die Bundesregierung die Grundlagen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Haushalt 2010 ein wichtiges Signal für einen strikten Konsolidierungskurs.

Der Bundeshaushalt 2010 steht im Zeichen der noch nicht endgültig überwundenen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Für die christlich-liberale Koalition stand die Aufgabe im Mittelpunkt, eine Balance zwischen einer Entlastung der Bürger – um insgesamt 25 Milliarden Euro – und der Möglichkeit öffentlicher Investitionen zu schaffen. Nach den Plänen der Regierungskoalition sollen insbesondere eine gezielte Mittelstandsförderung und weiterhin niedrige Sozialabgaben Impulse für Aufschwung und Beschäftigung liefern, um gemeinsam aus der Krise herauszukommen.

Gleichzeitig konnte die Neuverschuldung gegenüber dem Entwurf des SPD-Finanzministers Steinbrück abgesenkt werden. Auch im internationalen Vergleich wird das staatliche Defizit 2010 mit voraussichtlich fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts – Frankreich liegt bei 8,2 Prozent, Großbritannien bei 12,9 Prozent – gering ausfallen. Insgesamt konnte die Nettoneuverschuldung des Bundes um 5,6 Milliarden Euro niedriger angesetzt werden als im letzten Regierungsentwurf vorgesehen. Dies verdeutlicht den Willen der christlich-liberalen Koalition, den Vorgaben des Europäischen Stabilitätspakts Rechnung zu tragen.

Entschlossenes Regierungshandeln und die gute Zusammenarbeit mit den Tarifparteien hatten es bisher verhindert, dass sich die

Wirtschaftskrise stärker auf die Beschäftigungssituation auswirkte. Die Einführung des Kurzarbeitergelds sowie der kürzlich gespannte Schutzschirm für Arbeitnehmer konnten zehntausende Arbeitsplätze sichern. Der Arbeitsmarkt befindet sich daher in einem deutlich besseren Zustand als zunächst erwartet; der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit konnte um 3,2 Milliarden Euro niedriger ausfallen als geplant.

Diese positive Entwicklung galt es zu stützen, um auch weiterhin Aufschwung und Beschäftigung zu ermöglichen. Daher setzte sich die CSU in den Haushaltsberatungen erfolgreich dafür ein, die Investitionen gegenüber dem Regierungsentwurf konstant zu halten.

Der Mittelstand soll durch die Fortführung der Förderung des Gebäudesanierungsprogramms weitere Wachstumsimpulse erhalten. Hierzu werden weitere 400 Millionen Euro aufgewendet. Auch für die Exportförderung und die Landwirtschaft stellte die Koalition zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Die Kritik der Opposition lief ins Leere. Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die Regierungskoalition auch 2010 ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden. Die im Haushaltsentwurf angesetzten 350 Millionen Euro zur Finanzierung der Ergebnisse des Weltklimagipfels in Kopenhagen wurden um weitere 70 Millionen Euro ergänzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschafts- und Finanzkrise bringt die Kommunen in eine angespannte Finanzlage: Insbesondere die Einnahmen durch die Gewerbesteuer sind gesunken. Die von der christlich-liberalen Koalition verfolgte Politik des Aufschwungs und der Beschäftigung ist für die Städte und Gemeinden daher besonders wichtig – denn nur ein Mehr an Wachstum ermöglicht höhere Einnahmen, nur Erfolge auf dem Arbeitsmarkt ersparen Sozialleistungen.



Die Regierungskoalition wird die Anliegen der Städte und Gemeinden auch bei der anstehenden Reform der Jobcenter berücksichtigen. Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Stadt- und Kreisverwaltungen und der Arbeitsagentur in den ARGEN soll fortgeführt werden und die Möglichkeit für neue Optionskommunen geschaffen werden, welche – wenn sie es so wollen – die Aufgabe der Vermittlung auf den Arbeitsmarkt dann eigenverantwortlich erfüllen können. Unser Ziel ist es, die kommunalen Finanzen dauerhaft auf ein solideres Fundament zu stellen. Dabei kommt es vor allem darauf an, die starken konjunkturellen Schwankungen und regionalen Unterschiede bei den Einnahmen abzufedern und so die Planungssicherheit zu erhöhen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob die Kommunen – etwa durch die Flexibilisierung von Leistungsstandards der öffentlichen Hand – auch auf der Ausgabenseite entlastet werden können.

Die CSU-Landesgruppe steht zu den Kommunen, das haben wir vielfach bewiesen. Beispielsweise wollte die rot-grüne Regierung die Bundesbeteiligung an den Kosten für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern senken. Wir haben dagegen nach dem Regierungswechsel 2005 sogar eine Erhöhung der Beteiligung durchgesetzt. Auch künftig werden wir die Interessen der Kommunen genau berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Peter Uhl MdB

Die Haushalt der CSU-Bundesminister im Einzelnen:

Verteidigung



Priorität hat im von Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg verantworteten Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung, den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz größtmöglichen Schutz zu gewährleisten. Dieses Ziel ist erreicht worden – und zudem konnten gegenüber der Etatvorlage der Bundesregierung Einsparungen in Höhe von 32 Millionen Euro realisiert werden. Als positives Signal bewerteten Verteidigungsexperten, dass sich die europäischen Bestellernationen am 05. März 2010 nach langen Verhandlungen mit der Industrie über die Finanzierung des neuen Transportflugzeugs A400M geeinigt haben. Die von deutscher Seite zugesicherte Absicherung eines Exportkredits wurde bereits im Haushalt 2010 berücksichtigt.

Landwirtschaft



Der größte Teil des Haushalts der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, kommt den Bauern zu Gute: Insgesamt 3,8 Milliarden Euro sind 2010 für die landwirtschaftliche Sozialpolitik vorgesehen. Die von Ilse Aigner durchgesetzte Aufstockung ihres Etats um mehr als 500 Millionen Euro ermöglichte unter anderem die Einrichtung eines millionenschweren Sonderprogramms für Milchviehhalter, das die Bundesministerin als in dieser Größenordnung einmalig bezeichnete. Auch der Verbraucherschutz spielt in den Planungen von Ilse Aigner eine zentrale Rolle: Ein derzeitiger Schwerpunkt liegt darauf, die Gebühren bei Bargeldabhebungen am Bankautomaten transparenter zu gestalten.

Verkehr und Bau



Der Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung setzt wichtige Akzente in Sachen Verkehrspolitik, Klimaschutz und Mittelstandsförderung. Von den 26 Milliarden Euro, die Dr. Peter Ramsauer zur Verfügung stehen, investiert er mehr als die Hälfte – ganze 14,8 Milliarden Euro. Darin enthalten ist eine Erhöhung der Mittel im Gebäudesanierungsprogramm. Das schafft nicht nur Wachstum und Beschäftigung, sondern birgt auch Chancen für den Klimaschutz. Darüber hinaus erhalten kleine Städte und Gemeinden ab 2010 Millionenzuschüsse aus einem neuen Städteförderprogramm. Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur – darunter auch der Sanierung von Bahnhöfen – sind 12,6 Milliarden vorgesehen.

Diese Woche

Bundeshaushalt 2010	
Für Wachstum und Konsolidierung	1
Die Haushalt der CSU-Bundesminister im Einzelnen:	
Verteidigung; Landwirtschaft; Verkehr und Bau	2
Lebensschutz als erste Priorität	
CSU sichert Millionen für Stiftung Mutter und Kind	2
Europa	
Gestaltungschancen in Europa gemeinsam nutzen	3
Kunduz-Untersuchungsausschuss	
Verteidigungsminister zu Guttenberg bestätigt	4
Amerikanischer Botschafter bei CSU-Landesgruppe	
Neue Vitalität der Beziehungen	4
Sozialpolitik	
Renten stabil	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Lebensschutz als erste Priorität

CSU sichert Millionen für Stiftung Mutter und Kind

Um einige wenige Haushaltstitel wurde in den Verhandlungen über den Etat 2010 bis zuletzt gerungen. Der unermüdliche Einsatz der CSU-Landesgruppe ermöglichte eine Aufstockung der Bundesmittel für die Stiftung Mutter und Kind, die bedürftige Schwangere finanziell unterstützt.

Im Bundeshaushalt für das vergangene Jahr waren die Zuwendungen vorerst einmalig um fünf auf 97 Millionen Euro erhöht worden. Diesen Zuschuss verwendet die Stiftung Mutter und Kind, um Schwangere in finanziellen Notlagen zu unterstützen. Die Bundesmittel werden nicht für Personal- und Verwaltungskosten aufgewendet, sondern kommen zu hundert Prozent den Schwangeren und ihren Kindern zu Gute.

Für Mütter in sozialen Notlagen bedeuten während der Schwangerschaft oft schon wenige hundert Euro eine bedeutende – auch psychologische – Hilfe. Die Erfahrung unbürokratischer Unterstützung ist für die meist jungen Frauen eine wichtige

Ermutigung hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Schwangerschaft. Während der Etatverhandlungen für 2010, die vergangene Woche abgeschlossen wurden, standen die Haushaltspolitiker angesichts der größten Wirtschaftskrise seit 70 Jahren unter einem enormen Sparzwang. Daher bestanden,

auch von Seiten der CDU und der FDP, Bestrebungen, den Zuschuss wieder auf 92 Millionen zurückzuführen. Nur durch den engagierten Einsatz der CSU-Landesgruppe wurde es letztendlich möglich, die Erhöhung um fünf Millionen Euro auch für das neue Haushaltsjahr durchzusetzen. Dieses erfreuliche Ergebnis unterstreicht, wie der Lebensschutz von der starken Rolle der CSU in der christlich-liberalen Koalition profitiert.



Europa

Gestaltungschancen in Europa gemeinsam nutzen

Mit dem im Januar in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon eröffnen sich neue, gemeinsame Gestaltungsmöglichkeiten von Bundestags- und Europaabgeordneten. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, will diese Möglichkeiten entschlossen nutzen.

Dies machte Friedrich bei einem intensiven europapolitischen Meinungsaustausch in Straßburg deutlich. So sprach er sich bei einer Sitzung der CSU-Europagruppe unter Leitung des Vorsitzenden der CSU-Europagruppe Markus Ferber für einen künftig noch engeren Schulterschluss mit den Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament aus. „Wir brauchen eine neue Zusammenarbeit der parlamentarischen Ebenen. Es ist wichtig, dass wir nicht nur eine Outputkontrolle haben, für das, was die Kommission entscheidet, sondern auch eine Input-Kontrolle für das, womit sich die europäische Ebene beschäftigt“, so Friedrich. Er kündigte an, dass die CSU-Landesgruppe künftig in noch stärkerem Maße inhaltliche Akzente auf der europäischen Ebene einbringen werde. Vor diesem Hintergrund seien eine enge Verzahnung der politischen Ebenen und eine frühzeitige Abstimmung von enormer Bedeutung.

In Europa müssten die richtigen grundlegenden Weichen gestellt werden, sagte Friedrich. Er sehe gegenwärtig in Europa zwei konkurrierende Grundhaltungen: „Auf der einen Seite stehen die Vertreter eines zentralistischen Ansatzes. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die föderale, subsidiäre Strukturen und mehr Dezentralität wollen.“ Deutschland müsse sich aktiv für ein Europa der Subsidiarität einsetzen. Aus der Vielfalt Europas erwachse dessen Stärke und Innovationskraft. Deshalb begleite die CSU die von der Kommission vorgelegte EU-Strategie 2020, die neue Vergemeinschaftungsmechanismen anstrebt, kritisch-konstruktiv. Große Einigkeit herrschte zwischen Friedrich und den CSU-Europaabgeordneten darin, dass die Ziele der EU auf die Politikbereiche ausgerichtet sein müssten, die in den Regelungskreis der EU fallen. EU-Vorgaben beispielsweise im nationalen Sozial- und Bildungsbereich seien nicht zielführend.



Dr. Hans-Peter Friedrich und der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso

Bei seinem Besuch nahm der CSU-Politiker auch gemeinsam mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, an einer Sitzung der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion teil. Dort und bei zahlreichen weiteren Gesprächen wurden insbesondere aktuelle Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik erörtert. Vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise rief Friedrich dazu auf, die Gelegenheit zu nutzen, „auf den Finanzmärkten aufzuräumen.“ Nicht jedes Produkt, das die Banken als „innovatives Instrument zur Meh-

rung des Wohlstands der Welt“ anpreisen würden, sei auch wirklich dazu geeignet. „Manche Produkte werden nur erfunden, um hinterher mit ihnen Roulette zu spielen. Das darf es künftig nicht mehr geben. Wir müssen verhindern, dass auch in Zukunft auf diese Weise volkswirtschaftliche Werte vernichtet werden.“ Beim Thema Finanzmarktregulierung spricht sich Friedrich für einen Mix an koordinierten Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene aus. „Wir sollten nicht zögern, nationale Maßnahmen zu ergreifen, wenn das sinnvoll ist und die Sache voran bringt.“ Nationale Handlungsspielräume dürften nicht mit Verweis auf die Notwendigkeit internationaler Regelungen ungenutzt bleiben. Wichtige Fragen der künftigen Finanzmarktregulierung erörterte Friedrich auch in einem Gespräch mit EU-Kommissar Michel Barnier. Der Franzose ist in der vor kurzem berufenen neuen EU-Kommission für Binnenmarkt und Dienstleistungen verantwortlich.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Frühlingsgefühle

In Berlin sprießen die Knospen, die Vögel singen – und scheinbar wurden auch SPD und PDS von Frühlingsgefühlen übermannt. Die Postkommunisten sind von den neuesten sozialpolitischen Vorschlägen der SPD jedenfalls höchst angetan. Der PDS-Abgeordnete Birkwald lobte die Sozialdemokraten während der Haushaltsdebatte in den höchsten Tönen und erkannte Parallelen in den Parteiprogrammen. Sowohl SPD als auch PDS fordern nun eine Verdopplung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und eine Streichung der Vermögensprüfungen bei Arbeitslosen. Senkt das nicht den Anreiz, zu arbeiten? Belastet das nicht den Haushalt? Argumente gelten wohl nicht mehr, wenn Amors Pfeil ins Rote getroffen hat.

Aprilscherz

Am Mittwoch kündigte die SPD/PDS-Regierung in Berlin eine Bundesratsinitiative der besonderen Art an: Wowereits Regierung will Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Deutschland durchsetzen. Künftig solle in geschlossenen Ortschaften nur noch schneller gefahren werden, wenn entsprechende Schilder es erlauben. In Berlin ist das Langsamfahren bereits auf 75 Prozent der Straßen vorgeschrieben. Der ADAC dazu: „Berlin wird damit allein auf weiter Flur bleiben.“ Damit liegt der Automobilverband goldrichtig, denn die Mehrheit der CDU/CSU-geführten Regierungen im Bundesrat hält einen Zwang zu Tempo 30 für überflüssig. Aber wer weiß: Vielleicht handelte es sich bei dem Vorschlag auch nur um einen verfrühten Aprilscherz.

Kunduz-Untersuchungsausschuss

Verteidigungsminister zu Guttenberg bestätigt

Der folgenreichste Befehl in allen bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr führte am 04. September 2009 in der nordafghanischen Provinz Kunduz nicht nur zur Zerstörung zweier von Taliban entführter Tanklaster, sondern auch zum Tod vieler Menschen. Viele Fragen stellen sich: Waren wirklich, wie der deutsche Kommandeur bei seinem Befehl zum Bombenabwurf annahm, nur Taliban bei den Tanklastern? Drückte die Bundeswehr-Führung Zweifel daran nach dem Luftschlag zur Seite? Wurden alle Einsatzregeln eingehalten?

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages soll alle diese Fragen als Untersuchungsausschuss klären. Der von Regierung und Opposition gemeinsam erteilte Auftrag zielt darauf, die Hintergründe des Luftschlags auszuleuchten, die Einhaltung von Befehls- und Melderegeln zu überprüfen und – wo nötig – Korrekturen vorzuschlagen.

Die Oppositionsfractionen interessiert das jedoch nicht. Selbst der SPD, die im September 2009 Regierungsverantwortung trug, ist es wichtiger, den neuen Verteidigungsminister zu Guttenberg anzugreifen, als einen Beitrag zur Sachaufklärung zu leisten. Die Zeugenbefragungen dieser

Woche zeigten das exemplarisch. Während aus den Regierungsfractionen alle Zeugen mit dem Ziel der Aufklärung sachgerecht befragt wurden, setzte die Opposition gegenüber den meisten Zeugen ihre Taktik fort, durch ständige Wiederholungsfragen ihrer vorgefassten Meinung breiten Raum zu geben. Anders nur beim früheren Generalinspekteur: Der seit langem als SPD-nah geltende General Schneiderhan wurde von der Opposition mit Samthandschuhen angefasst. Er sollte zum Kronzeugen gegen den Verteidigungsminister aufgebaut werden, der den Spitzenmilitär entlassen hatte, weil er Minister zu Guttenberg nach der Amtsübernahme nicht alle nötigen

Informationen zur Einschätzung des Luftschlags zur Verfügung gestellt hatte.

Doch die Absicht, den zur Zeit des Bombenabwurfs amtierenden Generalinspekteur zu entlasten, um den danach neu ins Amt gekommenen Minister zu belasten, war von vorneherein allzu durchsichtig und ist auf ganzer Linie gescheitert. Die bisherigen Befragungen im Untersuchungsausschuss stützen die Entscheidungen des Verteidigungsministers, den Bombenabwurf für militärisch objektiv nicht angemessen einzuschätzen und den ehemaligen Generalinspekteur Schneiderhan zu entlassen.

Amerikanischer Botschafter bei CSU-Landesgruppe

Neue Vitalität der Beziehungen

Hochrangiger Besuch bei den CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag: Der neue Vertreter Barack Obamas in Deutschland, US-Botschafter Phil Murphy, dankte im Namen Washingtons für die guten Beziehungen zu Bayern und zu Deutschland.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich, dankte für die bedingungslose Unterstützung der USA für die deutsche Wiedervereinigung. Er stimmte Außenministerin Clinton in ihrer Aufforderung zu, gemeinsam die Mauern des 21. Jahrhunderts einzureißen. Hans-Peter Friedrich zeigte sich zuversichtlich, dass auf der Grundlage der hervorragenden Beziehungen und des bestehenden Vertrauens auch künftige Herausforderungen bewältigt werden könnten.

Botschafter Murphy schilderte, welche hohe Bedeutung Washington den Beziehungen zu Deutschland beimisst. Dabei hob er hervor, wie gut die Zusammenarbeit mit der christ-

lich-liberalen Koalition funktioniere. Bayern nehme in den Beziehungen zu Deutschland eine Sonderrolle ein: Mit keinem anderen Bundesland gebe es so viel wirtschaftlichen und persönlichen Austausch, nirgendwo seien mehr amerikanische Truppen stationiert, so der

Botschafter. Während der intensiven Beratungen herrschte zwischen dem Botschafter und der CSU-Landesgruppe große Übereinstimmung darüber, dass sich die bilateralen Beziehungen unter den beiden neuen Regierungen höchst positiv entwickeln. Erst vergangene Woche hatte eine repräsentative Umfrage in den USA ergeben, dass das Ansehen Deutschlands unter Amerikanern ein historisches Hoch erreicht hat.



v.l.n.r.: US-Botschafter Phil Murphy und Dr. Hans-Peter Friedrich

Sozialpolitik

Renten stabil

Gute Nachricht für 20 Millionen Ruheständler: Trotz eines Rückgangs des Lohnniveaus in 2009 bleiben die Renten stabil.

Damit greift erstmals die im vergangenen Jahr von der Union mitbeschlossene Rentengarantie. 2009 waren die durchschnittlichen Löhne und Gehälter aufgrund der Kurzarbeit um 0,96 Prozent (alte Bundesrepublik) beziehungsweise 0,61 Prozent (neue Bundesländer) zurückgegangen.

Ohne die 2009 eingeführte Schutzklausel hätte das Rentenniveau in Westdeutschland daher um 2,1 Prozent abgesenkt werden müssen. Die von der Union in der Großen Koalition mitbeschlossene Rentengarantie verhindert nun aber einen Rückgang der Altersbezüge.

Kommende Generationen werden durch diese Maßnahme nicht belastet. Die nicht vollzogene Kürzung der Renten wird mit künftigen Erhöhungen der Altersbezüge verrechnet, sobald das Lohnniveau wieder steigen wird.